

Minister für Klimaschutz, Umwelt,  
Landwirtschaft, Natur- und  
Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen

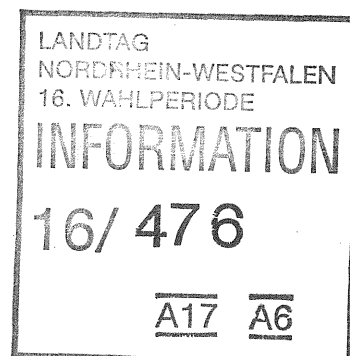


Minister für Bundesangelegenheiten,  
Europa und Medien  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
und Chef der Staatskanzlei

Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsidentin des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Frau Carina Gödecke MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

10. Mai 2017  
Seite 1 von 1



**Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der  
Weltklimakonferenz (COP 23) im November 2017 in Bonn**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Landesregierung hat in der Kabinettsitzung am 9. Mai 2017 die Beiträge und Aktivitäten des Landes im Rahmen der nächsten Weltklimakonferenz COP 23 beschlossen. Einzelheiten bitten wir der beigefügten Information zu entnehmen.

60 Überstücke fügen wir bei.

Mit freundlichen Grüßen

  
Johannes Remmel

  
Franz-Josef Lersch-Mense

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Stadttor 1  
40219 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-01  
Telefax 0211 837-1150  
poststelle@stk.nrw.de  
www.land.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel  
vom Hauptbahnhof zur  
Haltestelle Stadttor:  
Rheinbahn Linie 709  
Bus 732



## **Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Weltklimakonferenz (COP 23) im November 2017 in Bonn**

Die nächste Weltklimakonferenz (COP 23) wird vom 6. bis 17. November 2017 unter der Präsidentschaft der Republik Fidschi am Sitz des Sekretariats der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) in Bonn stattfinden. Die Bundesrepublik Deutschland fungiert als Gastgeber der Konferenz und ist stark in die Organisation eingebunden. Die Konferenz wird rund um das World Congress Center Bonn (WCCB) und in den Rheinauen stattfinden. Erwartet werden zwischen 15.000 und 25.000 Delegierte und Vertreterinnen und Vertreter von internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und aus dem Bereich der Wissenschaft. Die COP 23 wird damit die größte internationale Konferenz werden, die jemals in Deutschland stattgefunden hat.

Die logistische, organisatorische und politische Durchführung der COP 23 in Bonn ist eine bisher einzigartige Chance, aber auch Herausforderung für den internationalen und VN-Standort Bonn und erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Beteiligten auf allen Ebenen. Dazu zählen neben dem UN-Klimasekretariat und der Bundesregierung auch Nordrhein-Westfalen als gastgebende Region und die Bundesstadt Bonn.

Die möglichen Beiträge des Landes erstrecken sich auf die Unterstützung der Konferenzlogistik, auf den Bereich der Sicherheit sowie auf die fachliche Mitgestaltung und Mitwirkung an der Konferenz. Es besteht zudem die Möglichkeit, die Klimaschutz-Aktivitäten Nordrhein-Westfalens in verschiedener Form im Rahmen der Konferenz vorzustellen und diese einem internationalen Publikum vorzustellen. Die Konferenz ist eine hervorragende Gelegenheit, die Führungsposition NRW in den internationalen Netzwerken, in denen das Land Mitglied ist, gezielt auszubauen.

Nordrhein-Westfalen ist bereits in den Vorbereitungsprozess eingebunden und nimmt dabei an den Treffen der zentralen Steuerungsgruppe (Steering Committee) sowie an mehreren thematischen Arbeitsgruppen teil.

Das zügige In-Kraft-Treten des Pariser Abkommens im November 2016 ist Ausdruck des hohen Stellenwertes des Klimaschutzes weltweit. Die Klimaschutzbemühungen Nordrhein-Westfalens finden vor dem Hintergrund der besonderen Situation des Landes im Hinblick auf Energieproduktion und Kohleförderung weltweit besondere Beachtung. Vielen gilt erfolgreicher Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen als

Blaupause – wenn es in Nordrhein-Westfalen gelingen kann, Emissionen einzusparen, kann es überall gelingen.

Die COP 23 in Bonn bietet eine hervorragende Bühne, Nordrhein-Westfalen als Vorzeigeregion für den Klimaschutz auf einer internationalen Bühne zu präsentieren und zu zeigen, dass sich Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg nicht ausschließen.

Um international Gehör zu finden, ist NRW zwei Netzwerken beigetreten, die die Interessen der sogenannten „subnational governments“, also Bundesländern, Bundesstaaten und Regionalregierungen, im internationalen Klimadialog vertreten und mit denen verschiedene Aktivitäten geplant sind.

Nordrhein-Westfalen ist zum einen Mitglied in der „Climate Group“. Diese internationale Nichtregierungsorganisation bringt subnationale Regierungen in der sogenannten „States & Regions Alliance“ zusammen – einem Netzwerk, dem 35 Mitgliedsregionen aus Europa, Amerika, Südasien, Australien und Afrika angehören. Ziel der Allianz ist es, einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und den Regionen eine Stimme im internationalen Klimadialog zu geben.

Nordrhein-Westfalen ist zum anderen auch Mitglied der „Under2Coalition“. Um den internationalen Klimaschutzverhandlungen insbesondere mit Blick auf die Weltklimakonferenz Ende 2015 in Paris einen zusätzlichen Schub zu geben, haben Baden-Württemberg und Kalifornien im Juli 2015 ein Memorandum of Understanding (MoU) initiiert – das sogenannte „Under2MoU“. Die Unterzeichner des MoU verfolgen das Ziel, ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu vermindern beziehungsweise auf unter zwei Tonnen pro Kopf ihrer Bevölkerung zu senken. Es wurde vereinbart, in zentralen Handlungsfeldern, wie zum Beispiel Energieversorgung oder Mobilität, zusammenzuarbeiten. Zugleich sollen auch Chancen für die Wirtschaft aufgezeigt werden, die sich aus neuen Technologien zur Ressourceneffizienz und Treibhausgasvermeidung ergeben. Das Under2MoU wird von 167 Regionen aus 33 Ländern auf sechs Kontinenten unterstützt.

Nordrhein-Westfalen unterstützt seit Mitte der 1990er-Jahre die Entwicklung des internationalen und UN-Standortes Bonn, der sich bewusst als Nachhaltigkeitsstandort versteht. Nordrhein-Westfalen hat hierzu immer wieder die Vorhaben zur Ansiedlung internationaler und UN-Einrichtungen in Bonn in verschiedenster Weise unterstützt und den Ausbau der auf die Arbeit internationaler Organisationen bezogenen Logistik mit erheblichen eigenen finanziellen Beiträgen

gefördert. Namentlich gilt das für den Bau des WCCB und für Bau und Erweiterung der Bonn International School. Nordrhein-Westfalen pflegt gute Arbeitsbeziehungen zu den UN-Einrichtungen in Bonn sowie zu den anderen dort angesiedelten internationalen Organisationen und betrachtet es als eine dauerhafte Aufgabe, deren Arbeit zu unterstützen und zu fördern. Die COP 23 sollte daher auch genutzt werden, um Bonn als Nachhaltigkeitsstandort der UN zu stärken.

Folgende Beiträge und Aktivitäten des Landes im Rahmen der COP 23 befinden sich in der Planung:

- Finanzierung des ÖPNV für die Delegierten

In Absprache mit den anderen beteiligten Ebenen hat sich die Staatskanzlei bereit erklärt, für die kostenlose Nutzung des ÖPNV in Bonn und der Region durch die offiziellen Delegierten Kosten in Höhe von bis zu 360.000 € zu übernehmen. Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wird zeitnah in Kooperation mit dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr begonnen.

- Gewährleistung der Sicherheit im Umfeld der Konferenz

Über das Polizeipräsidium Bonn ist Nordrhein-Westfalen intensiv in die Gewährleistung der Sicherheit im Zusammenhang mit der COP 23 eingebunden. In mehreren Arbeitssitzungen ist in der Zwischenzeit ein grundlegendes Einverständnis über das Sicherheitskonzept und die Einbindung der NRW-Polizeibehörden erreicht worden.

- Durchführung von Exkursionen

Organisation von Exkursionen für Journalistinnen und Journalisten sowie Konferenzteilnehmende mit dem Ziel, diesen herausragende Klimaschutzprojekte und Innovationen made in NRW näher zu bringen. Die Exkursionen sollen auf der offiziellen COP-Webseite mit Unterstützung von UN und Bund beworben werden, um eine breite Bekanntmachung zu garantieren.

- Ausrichtung eines „NRW-Cafés“

Unter Umständen gibt es die Möglichkeit, im Rahmen der Ausstellung zum Kongress einen NRW-Pavillon ähnlich einem Landesgemeinschaftsstand auszurichten, der als Ausstellungsfläche, Café, Treffpunkt der internationalen Partnernetzwerke

(Under2Coalition, Climate Group) und für kleinere Podiumsveranstaltungen genutzt werden kann. Über die Ausgestaltung werden derzeit Gespräche mit dem federführenden Bundesumweltministerium geführt.

- Beteiligung am Deutschen Pavillon

Die Ausgestaltung des Deutschen Pavillons befindet sich noch in der Abstimmung. Es gibt Überlegungen seitens des Bundes, einen „Deutschland-Stand“ zu organisieren, an dem sich neben der Bundesregierung auch Bundesländer, NGOs und die Wirtschaft beteiligen können. Es bleibt zu prüfen, ob eine Beteiligung NRWs sinnvoll ist, auch im Hinblick auf die etwaige Möglichkeit, ein „NRW-Café“ auszurichten.

- Beteiligung des Landes NRW als Mitveranstalter des „Local and Regional Leaders Summit“ mit anschließendem Empfang

Das Städte- und Gemeinde-Bündnis ICLEI organisiert am 12. November 2017 gemeinsam mit der Stadt Bonn und in Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Verbänden den „Local and Regional Leaders Summit“ als sog. „Special Event“ im Rahmen der COP. Erwartet werden ca. 350 – 400 Teilnehmende aus aller Welt, insbesondere die politische Führungsebene von Bundesländern, Regionen, Städten und Kommunen. Nordrhein-Westfalen ist gebeten worden, als Mitveranstalter aufzutreten und ist diesem Vorschlag gegenüber offen. Eine abschließende Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Die Landesregierung ist grundsätzlich bereit, einen eigenen Empfang für einen Teil der Teilnehmenden auszurichten. Dieser Empfang soll im Anschluss an den „Local and Regional Leaders Summit“ stattfinden.

- Inhaltliche Aktivitäten und Abendempfang im geschlossenen Rahmen mit den Partner-Netzwerken Climate Group und Under2Coalition

Nordrhein-Westfalen wird am Rande der Konferenz an der Generalversammlung der States & Regions Alliance der Climate Group und an der Mitgliederversammlung der Under2Coalition teilnehmen. Im Anschluss wird Nordrhein-Westfalen einen Empfang in kleinem, geschlossenem Rahmen für die Teilnehmenden ausrichten und so seine Gastgeberrolle ausfüllen. Beide Netzwerke werden daneben offizielle UN-Side-Events ausrichten. Eine Beteiligung des Landes soll verhandelt werden.

- Ideelle Unterstützung des „2. Global Renewable Energy Forum“ der Botschaft der Republik Korea, Außenstelle Bonn

Die Veranstaltung der Botschaft der Republik Korea will die besondere Rolle der Erneuerbaren Energien bei der Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens beleuchten. Die erste Veranstaltung dieser Art in 2016 wurde vom UN-Klimasekretariat und IRENA – der International Renewable Energy Association – unterstützt, ca. 250 Teilnehmende besuchten die Veranstaltung im Dezember 2016 in Bonn. Das MKULNV war ebenfalls in 2016 Partner der Veranstaltung und wird eine ähnliche Rolle in 2017 übernehmen.

- Finanzielle Unterstützung des „Global Renewable Energy Solutions Showcase“ des Landesverbandes Erneuerbare Energien (LEE) in Kooperation mit der World Wind Energy Association (WWEA)

Der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) und die in Bonn ansässige World Wind Energy Association (WWEA) planen gemeinsam eine Veranstaltung außerhalb des COP-Geländes, um Erneuerbare Energien-Technologien und Lösungen gemeinsam mit internationalen Unternehmen der Branche für eine auf Erneuerbare Energien basierende Energieversorgung vorzustellen. In der Sache stößt die Konferenz in eine große Lücke: In vielen Ländern sind Entscheider in Ministerien und anderen Institutionen für Klimaschutz und Erneuerbare zuständig, die eher wenig Erfahrung mit technologischen Lösungen und realen Projekten haben. Nordrhein-Westfalen ist um einen finanziellen Beitrag und eine politische Mitwirkung gebeten worden.

- Side-Event zu marktorientierten Mechanismen nach Artikel 6 des Pariser Abkommens

Das im November 2016 wirksam gewordene Pariser Abkommen enthält mit Art. 6 einen prinzipiell offenen Ansatz für die Entwicklung von neu strukturierten flexiblen marktorientierten Mechanismen. Unter dem Stichwort „Carbon Pricing“ wird derzeit über die Auslegung des Art. 6 debattiert; es gibt weltweit Überlegungen zu Pilotprojekten und Demonstrationskonzepten. Zu dieser Debatte soll ein inhaltlicher Beitrag mit einer Diskussionsveranstaltung geleistet werden. Ggf. könnte eine „Bonn Declaration“ zu diesem Thema erarbeitet werden.

- Bilaterale Gespräche

Am Rande der Konferenz wird sich die Möglichkeit bieten, bilaterale Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Staaten, Regionen und verschiedenen Organisationen zu führen. Die zentralen internationalen Partner NRW sollen auch zum Empfang der Landesregierung eingeladen werden.

- Berücksichtigung der Sustainable Development Goals

Die Einbindung der Klimaschutzaktivitäten des Landes in die NRW-Nachhaltigkeitspolitik und die internationalen Aktivitäten des Landes sollen mitkommuniziert werden. NRW ist mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie vom Juni 2016 Vorreiter bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals = SDGs). Die Landesbeiträge zur COP 23 sollen sich zudem am Leitfaden für nachhaltige Veranstaltungsorganisation orientieren.

Von der Durchführung der COP 23 ist eine nachhaltige Stärkung der Sichtbarkeit des internationalen und VN-Standorts Bonn zu erwarten.